

## Erste Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Montag, den 4. April 1927.

Nach Beendigung des für die Abgeordneten beider Bekenntnisse abgehaltenen Gottesdienstes versammeln sich um 12 Uhr die Mitglieder des Provinziallandtags im Sitzungssaal des Ständehauses. Um 12 Uhr 25 Minuten eröffnet der Landtagskommissar, Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, den 73. Rheinischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Entgegen unseren berechtigten Ansprüchen und entgegen den Erwägungen wirtschaftlicher und politischer Vernunft steht die fremde Besatzung noch immer mit 75 000 Mann auf deutschem Boden und mit der überwiegenden Zahl innerhalb unserer Provinz. Aus dem Munde des Reichsministers des Auswärtigen haben wir vor einigen Tagen unsere Beobachtungen bestätigt erhalten, daß wir uns von der Erfüllung des Wunsches auf baldige Räumung des Rheinlandes und auf Rückgabe des Saargebietes in den letzten Monaten mehr entfernt haben, als daß wir ihr näher kamen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Schacherobjekt!) Niemand bedauert so sehr wie wir — die in erster Linie Betroffenen — das Fehlschlagen der im vergangenen Jahre emporgelöhnten Hoffnungen. (Abgeordneter Kravinkel: Sehr wahr!)

Wir würdigen es, daß bei manchen Stellen der Besatzungsmächte der Wille vorhanden ist, das Besatzungsregime für die Bevölkerung erträglicher zu gestalten. Aber abgesehen davon, daß eine so unerhört starke Truppenbesetzung zwangsläufig eine ungeheure Belastung mit sich bringt, ist schon die bloße Tatsache, daß sieben Jahre nach Eintritt des Friedens noch fremde Truppen in einem der ältesten Kulturländer stehen, völlig unfaßbar und niederziehend. (Lebhafte Zustimmung.) Die einfache Wahrung der Menschenrechte müßte schon den unabweisbaren Wunsch auslösen, einer derartigen, für alle Beteiligten unwürdigen Zwingherrschaft ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!)

So lebhaft wir auch die Befreiung ersehnen, so möchten wir doch eine vorzeitige Räumung nicht auf Kosten des Gesamtwaterlandes erstreben; wir möchten die Besatzungsfristen keinesfalls verkürzt wissen um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Fesselung von unbegrenzter Dauer. Solange eine günstige Lösung der Räumungsfrage unerreichbar bleibt, werden auch wir die weitere Entwicklung der Dinge „ohne Aufsbrüche der Ungeduld“ abwarten. Dabei setzen wir aber in die maßgebenden Stellen von Reich und Land das feste Vertrauen, daß sie nach wie vor nach-

drücklichst eintreten für die Erreichung der Rückwirkungen, die uns feierlichst zugesagt und bisher nur allzu wenig in die Erscheinung getreten sind. (Rufe: Sehr wahr!)

Die wirtschaftliche Fürsorge, die das Reich und der preußische Staat den besetzten und besetzt gewesenen Gebieten angedeihen lassen, werden Sie mit mir dankbar anerkennen. Sie hat sich, wie der Herr Reichskanzler, auch in seiner Eigenschaft als Reichsminister für die besetzten Gebiete, noch am 26. März d. J. im Reichstag darlegte, in den verschiedensten Richtungen gezeigt. Die innere, seelische Bedrückung und manche äußere Last kann uns niemand abnehmen. Auch können die Nachwirkungen des uns aufgezwungenen Rhein- und Ruhrkampfes nur zu einem Teil wieder gut gemacht werden. Um so mehr scheint uns die Forderung berechtigt, daß man der Bevölkerung der besetzten und besetzt gewesenen Gebiete und ihrer Wirtschaft jedmögliche Schonung und Förderung angedeihen läßt, ohne die sie sich zum Nachteil des Gesamtwaterlandes nicht erholen kann. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Die 700 Millionen haben sie aber weg!) Man darf in keinem Augenblick vergessen, daß die von der Besetzung betroffenen Gebiete — neben einigen anderen Grenzstrichen — mehr gelitten haben und mehr leiden als das übrige Deutschland. (Sehr wahr!) Die berechtigten Klagen, daß die besetzten Gebiete ihre während des schweren Existenzkampfes verlorenen innerdeutschen Absatzgebiete nicht wiedererlangen können, wollen nicht verstummen. Demgegenüber dürfen wir von dem von der Besatzung und von sonstigen unmittelbaren Einwirkungen unserer ehemaligen Gegner verschont gebliebenen Deutschland erwarten, daß es für unsere Lage ausreichendes Verständnis zeigt. Vor allem haben wir auch Anlaß, darauf hinzuweisen, daß wir kein unsicheres Ausland sind, von dem man sich vorsichtig fernhält. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Wie Rußland zum Beispiel!) Unsere ausgezeichneten Kurorte und herrlichen Sommerfrischen sollten die deutschen Reisenden zum mindesten gerade so anziehen wie die ausländischen Bäder. (Zustimmung.)

Deutlich prägt sich im Verhältnis zu den übrigen Reichsteilen die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Provinz aus in der Verfassung des rheinischen Arbeitsmarktes. Die Rheinprovinz hat über 226 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung, demnach 38 Erwerbslose auf das Tausend der Einwohnerzahl gegen nur 33,2 im

Reichsdurchschnitt. Durch die Förderung von Notstandsarbeiten wird zwar dem Uebel in etwa gesteuert; der geringe Erfolg läßt jedoch erkennen, daß die Provinz bei der Zuteilung der Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit noch weit stärker berücksichtigt werden muß. (Zuruf links: Arbeitsbeschaffungsprogramm!)

Ganz besonders aber erhellt die wirtschaftliche Notlage der Provinz aus den Haushaltsplänen, die in letzter Zeit von Stadt- und Landkreisen bekannt wurden. Leider ist in vielen Fällen klar zu ersehen, daß der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben nur mühsam und leider oft nur scheinbar erreicht ist. Ver zweifelt kämpfen eine Reihe kommunaler Körperschaften um ihr Dasein.

Diese Tatsache hat auch bei der Aufstellung des dem Provinziallandtag vorzulegenden Haushaltsplanes der Rheinprovinz berücksichtigt werden müssen. Sie hat dazu gezwungen, unter allen Umständen Einnahmen und Ausnahmen so einzurichten, daß eine Erhöhung der Provinzialumlage vermieden wird.

Eine großzügige Berücksichtigung sozialer und verkehrspolitischer Momente bilden die den Straßenbau betreffenden Vorlagen des Provinzialausschusses; sie werden ergänzt durch die Maßnahmen, die der Provinzialausschuß vorbehaltlich Ihrer Zustimmung auf diesem Gebiete bereits getroffen hat. Das von Reich und Staat durch Finanzzuschüsse geförderte Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Ausbau der Provinzial-, Kreis- und Gemeindestraßen bietet in weitem Umfange die Möglichkeit, Arbeitslose zu beschäftigen, Handwerkern und anderen Berufen Verdienste zu verschaffen und endlich auch der drohenden Stilllegung zahlreicher Betriebe der Steinindustrie entgegenzuwirken. Ist doch gerade diese Industrie für den Unterhalt der Bevölkerung in vielen ländlichen Bezirken der Provinz von größter Bedeutung. Im übrigen verdient die Tätigkeit der Provinz auf dem Gebiete des Straßenbaues uneingeschränkte Anerkennung. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) Trotzdem die Straßen der Provinz durch den Krieg, den Rückmarsch unseres Heeres und den Einzug der Besatzung völlig ruiniert worden waren, ist der Zustand heute wieder als ein guter zu bezeichnen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Und die Gemeindegasse?), was bei einer Reise durch andere Gegenden besonders sinnfällig wird. In der richtigen Erkenntnis, daß ein ausreichendes und gut ausgebautes Verkehrsnetz eine Grundlage für eine fortschreitende Wirtschaft ist, will die rheinische Provinzialverwaltung auf dem Gebiete der Autobahnstraßen einen ersten Versuch machen.

Ich bedauere es mit Ihnen, daß die Schwierigkeiten, die dem preussischerseits unterstützten Vorhaben entgegenstehen, noch nicht völlig überwunden sind.

In diesem Zusammenhange möchte ich auch dem lebhaften Wunsch Ausdruck geben, daß es recht bald gelingen werde, die Erzeugnisse des besonders notleidenden Aachener Wirtschaftsgebiets auf die bestgeeignete

Weise konkurrenzfähig an den Gütermarkt heranzubringen. (Bravo!)

Dankbar begrüße ich es auch, wenn Sie durch Annahme der betreffenden Vorlage dem bedrückten Winzerstand weiter helfen wollen, der bei ganz langsamer Erholung sich von neuem einer schweren Gefahr gegenübergestellt sieht.

Glücklicherweise ist die Provinz im vergangenen Winter von den furchtbaren Hochwassernöten verschont geblieben. Wir dürfen aber darum nicht lässig werden in der Fortführung der zur Verhütung von Hochwasserschäden geplanten Maßnahmen. Auch Sie, meine Damen und Herren, werden, wenn Sie der Vorlage des Provinzialausschusses zustimmen, wiederum einen namhaften Betrag für die Unterstützung von Hochwasserchutzmaßnahmen an Deichen und für Flußregulierungen den gefährdeten Gebieten zur Verfügung stellen. Auch das große Projekt der Aggertalsperre bei Dämmlinghausen dient diesen Zwecken. Darüber hinaus liegt seine Bedeutung aber auch noch in einer erhöhten Dienstbarmachung der Naturkräfte zugunsten eines industriereichen und arbeitsfreundigen Landes. Derartige Projekte, bei denen Landeskultur, soziale Belange und Industrieinteressen in gleicher Weise gefördert werden, sind als besonders erfreulich zu bezeichnen.

Zuletzt, aber nicht in letzter Linie, muß ich mit aufrichtigem Danke anerkennen, daß die vorbildliche Fürsorge der Provinz für diejenigen, die von der Natur stiefmütterlich behandelt worden sind oder unter schwierigen Lebensverhältnissen Schiffbruch gelitten haben, in den hierfür in den Haushalt eingesehten, wohl bemessenen Mitteln auch diesmal wieder ihren Ausdruck findet. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sie werden noch stiefmütterlicher behandelt!) Nicht minder werden Sie es mit mir begrüßen, daß trotz der angespannten Finanzlage die kulturellen Belange der Provinz in den Vorlagen die Berücksichtigung finden, die die ruhmreiche Vergangenheit der rheinischen Kultur und die besonderen Verhältnisse der Gegenwart erheischen. Ich denke vornehmlich an das althehrwürdige Bauwerk, das Deutschland und die Rheinprovinz im Kölner Dom besitzen, für dessen Unterhaltung ein Betrag von 50 000 Reichsmark von Ihnen erbeten wird.

Meine Damen und Herren! Unser staatliches und bürgerliches Leben wird viel zu stark von unnötigen und übertriebenen Gegenfälschlichkeiten beherrscht. (Laute Zustimmung.) Mir will es scheinen, daß auch in unserer Provinz die in schwerster Zeit so glänzend bewährte Einigkeit Zeretzungsversuchen in stärkerem Maße nachgibt. Das darf nicht sein. Wenn wir sachlich und leidenschaftslos beobachten, werden wir immer wieder sehen, daß die Gegensätze meist künstlich geschaffen und über Gebühr aufgebauscht sind (Hört-, Hört!-Rufe und Lachen bei den Kommunisten) und daß wir alle bei gutem Willen weite Strecken zusammengehen können. Wir werden um so weiter einen gemeinsamen Weg gehen, je selbstloser wir uns in

den Dienst am Volke, je uneigenmütiger wir uns in den Dienst an der Menschheit stellen, je mehr wir Staat und Volk, so wie sie sind, lieb zu gewinnen suchen. (Unruhe bei den Kommunisten. Bravo! rechts.) Für dieses Ziel scheint es mir nicht förderlich, wenn wir unausgesetzt nach Reformen jeder Art rufen, die bei der Zerrissenheit unseres Volkes immer neuen Streit entfachen und letzten Endes im Wege von Kompromissen doch nur Stückwerk hervorbringen. (Sehr wahr!) Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich auch Bedenken gegen die zeitige Inangriffnahme der immer wieder geforderten Verwaltungsreform, obwohl ich an sich nicht verkenne, daß manches reformbedürftig ist. Nur glaube ich nicht, daß die Reform unten anzusetzen hat. Schwere Sorge verursacht mir der Gang der parlamentarischen Verhandlungen über den Entwurf einer neuen Landgemeindeordnung. Ich kann die Befürchtung nicht unterdrücken, daß hier die bewährte Grundlage der rheinischen Verwaltung gegen die wahren Interessen des Volkes völlig umgestellt werden soll. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Krautjunker!)

Meine Damen und Herren! Wo und wie auch immer Gegensätze bestehen mögen, wir wollen innerhalb der Provinz die Gegensätze sich nicht in einem unfruchtbaren Neben- und Gegeneinander auswirken lassen. Wir wollen durch einträchtiges Zusammenarbeiten aller Stellen des Reiches, des Landes, der Staats- und der Selbstverwaltung mit dem gemeinsamen Ziele, nur dem Wohle der Bevölkerung zu dienen, praktische Arbeit leisten. (Bravo!) Vor allem aber dürfen Staats- und Selbstverwaltung nicht als einander widerstrebende Mächte erscheinen; sie müssen sich gegenseitig ansehen und schätzen als ergänzende Kraft auf dem Wege zum selben Ziele. (Erneutes Bravo!)

Der Rheinische Provinziallandtag wird, wie bisher, so auch bei dieser Tagung uns darin ein Vorbild sein. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Solange diese Mehrheit besteht!)

In dieser Zuvorfrist erkläre ich namens der Preussischen Staatsregierung den 73. Rheinischen Provinziallandtag für eröffnet. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Unruhe bei den Kommunisten.)

Meine Damen und Herren! Nach § 32 der Provinzialordnung und § 1 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag hat das an Jahren älteste Mitglied des Provinziallandtages den Altersvorsitz zu übernehmen. Wie mir mitgeteilt wird, ist Herr Abgeordneter Kommerzienrat Krawinkel das älteste anwesende Mitglied. Er ist am 10. September 1851 geboren. — Es meldet sich kein älteres Mitglied. Ich darf daher den Herrn Abgeordneten Krawinkel bitten, seines Amtes zu walten.

Altersvorsitzender Krawinkel: Nach der Geschäftsordnung haben die beiden jüngsten Mitglieder des Hohen Hauses als Schriftführer und Stimmzähler mitzuwirken. Wie mir mitgeteilt wird, sind das die

Herrn Abgeordneten Meurer und Haack, der eine geboren am 19. Februar 1899, der andere am 19. Dezember 1898. Sind die Herren hier? (Zustimmung.) Dann bitte ich, hierher zu kommen und neben mir Platz zu nehmen. (Geschlacht. Lachen rechts. Abgeordneter Haack: Was lachen Sie denn? Sie reparieren die Vergangenheit, wir die Zukunft!)

Wir kommen zur Auszählung. Ich bitte, die Namen zu verlesen.

Schriftführer Haack vollzieht den Namensaufruf.

Altersvorsitzender Krawinkel: Es fehlen sieben Mitglieder des Hohen Hauses. 156 Mitglieder sind anwesend; wir sind beschlußfähig.

Wir kommen geschäftsordnungsmäßig zur Wahl des ersten Vorsitzenden. Das Wort hat Herr Abgeordneter Mönning.

Abgeordneter Mönning: Ich schlage als ersten Vorsitzenden den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Jarres, vor und bitte, die Wahl durch Zuruf zu vollziehen.

Altersvorsitzender Krawinkel: Es ist vorgeschlagen, den Herrn Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Jarres als ersten Vorsitzenden durch Zuruf zu wählen.

Abgeordneter Dunder: Die kommunistische Fraktion lehnt die Wahl des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Jarres zum Vorsitzenden des Provinziallandtags ab und schlägt ihrerseits den Abgeordneten Oberdörster vor. Wir verlangen Zettelwahl.

Altersvorsitzender Krawinkel: Dann kommen wir zur Zettelwahl.

Abgeordneter Haack vollzieht den Namensaufruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.

Altersvorsitzender Krawinkel: Sind noch Stimmzettel abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen. (Es folgt die Auszählung der Stimmzettel.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Abgestimmt haben 156 Abgeordnete. Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres erhielt 116 Stimmen. Unbeschrieben waren 23 Stimmzettel, Herr Oberdörster hat 17 Stimmen erhalten. Gewählt ist demnach Herr Oberbürgermeister Dr. Jarres. (Beifall.)

Ich frage Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Jarres: Ich nehme mit Dank an.

Altersvorsitzender Krawinkel: Wir kommen dann zur Wahl des ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Ich schlage als ersten stellvertretenden Vorsitzenden entsprechend den Vorschriften der Provinzialordnung den Abgeordneten Eberle vor.

Altersvorsitzender Krawinkel: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Nach dem Ergebnis der ersten Wahl sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, auch für diese Wahl die Zettelwahl zu beantragen. (Heiterkeit.)

Altersvorsitzender Krawinkel: Wir kommen zum zweiten Wahlgang.

Schriftführer Hack vollzieht den Namensaufruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.

Altersvorsitzender Krawinkel: Ist noch jemand da, der noch keinen Stimmzettel abgegeben hat? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. (Es folgt die Auszählung der Stimmzettel.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Abgegeben sind 126 Stimmen. Davon erhielt Herr Eberle 88, unbeschrieben waren 38. Damit ist Herr Abgeordneter Eberle zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. (Abgeordneter Eberle ist nicht anwesend.) Da kein Widerspruch zu erwarten ist, ist Herr Abgeordneter Eberle im Sinne des § 32 der Geschäftsordnung als gewählt zu bezeichnen.

Wir kommen zur Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich schlage als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden den Herrn Regierungspräsidenten Dr. Saafen vor und bitte, die Wahl durch Zurschlag vorzunehmen.

Altersvorsitzender Krawinkel: Sie haben den Vorschlag gehört. Vorgeschlagen ist, Herrn Abgeordneten Dr. Saafen durch Zurschlag zu wählen. Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Dann erkläre ich den Herrn Abgeordneten Dr. Saafen für gewählt und frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Dr. Saafen: Jawohl, ich nehme mit Dank an.

Altersvorsitzender Krawinkel: Nunmehr darf ich Herrn Abgeordneten Dr. Jarres bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz und danke Ihnen für das mir bewiesene Vertrauen. Ich werde meine Pflicht unparteiisch tun. (Zurschlag eines kommunistischen Abgeordneten: Das glauben wir!) Der Glaube hat Ihnen geholfen! (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst die Pflicht, unserem verehrten Herrn Alterspräsidenten für die vortreffliche Art zu danken, mit der er sich seinem mühevollen Amt auch diesmal unterzogen hat.

Meine Damen und Herren! Am 15. Januar d. J. ist ein langjähriges, verehrtes Mitglied unseres Hauses gestorben: Herr Geheimrat Dr. Olberg in Bonn. Er war von 1913 bis 1925 Mitglied dieses Hauses. Wir erinnern uns noch lebhaft der Art und Weise, wie er hier zu wiederholten Malen die Geschäfte des Alterspräsidenten wahrgenommen hat. Ich habe im Namen des Landtages den Hinterbliebenen die Teilnahme ausgesprochen und weiß, daß ich damit in Ihrem Sinne gehandelt habe.

Sie haben sich zum Andenken an den verehrten Verstorbenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Nach § 2 Absatz 2 der Geschäftsordnung sind zunächst vier Beisitzer zu bestimmen, die durch den Ältestenrat nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Fraktionen zu verteilen sind. Der Ältestenrat ist übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, die bei der vorigen Tagung als Beisitzer gewählten Abgeordneten Elses, Dr. Kirchner und Hack wiederzuwählen und auf Vorschlag der kommunistischen Fraktion an Stelle des Herrn Triebel Herrn Abgeordneten Hack zu wählen.

Ich stelle Ihr Einverständnis mit diesen Vorschlägen fest und bitte Herrn Elses, hier Platz zu nehmen. Herr Hack ist ohnehin Beisitzer. (Abgeordneter Elses nimmt zur Rechten des Vorsitzenden Platz, Abgeordneter Meurer begibt sich wieder auf seinen Platz.)

Damit ist der Vorstand des Hauses gebildet. Ich habe dem Herrn Oberpräsidenten mitzuteilen, daß der Landtag sich konstituiert hat.

Der Herr Landtagskommissar hat mitgeteilt, daß er den Herrn Vizepräsidenten von Sybel und in seiner Behinderung Herrn Regierungsassessor Quast als seine Kommissare zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der von diesem zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen angemeldet habe.

Dann habe ich Ihnen mitzuteilen, daß sich für die diesmalige Tagung wegen Krankheit die Herren Abgeordneten Brauer, Düsseldorf, Knab, Köln-Klettenberg, Räderscheidt, Bonn, Briebe und Ernst Müller entschuldigt haben und daß Herr Abgeordneter Esser, Euskirchen, und Frau Blum durch die Geschäfte des Reichstages verhindert sind, hier zu erscheinen.

Herr Abgeordneter Oberdörster hat wegen Arbeitsüberlastung sein Amt als stellvertretendes Mitglied des Provinzialausschusses niedergelegt. In seiner Sitzung vom 1. März d. J. hat der Provinzialausschuß auf Grund des § 30 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage festgestellt, daß an Stelle des Herrn Oberdörster der Herr Abgeordnete Dunder als stellvertretendes Mitglied in den Provinzialausschuß zu treten habe.

Meine Damen und Herren! Das Verzeichnis der Vorlagen für unsere Tagung ist Ihnen mit den Drucksachen zugegangen. Ich darf mich darauf beziehen, ebenso auf das Verzeichnis der Ihnen zugegangenen Eingaben.

Nachträglich sind noch eine Anzahl Eingänge hinzugekommen, zunächst:

Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Verbesserung der Straßenbrücke über die Mosel zwischen Bullay und Alf.

Ich schlage vor, diesen Bericht und Antrag dem IV. und I. Sachausschuß zu überweisen.

Dann sind Ihnen im Umdruck bereits 15 Anträge der Zentrumsfraktion zugegangen, die ich hier insolge-

dessen nicht mehr zu verlesen brauche. Ich habe Ihr Einverständnis zu deren Ueberweisung an die zuständigen Ausschüsse herbeizuführen.

Ich schlage vor, die Entschliebung, betr. den baldigen Abschluß der Reform der Rheinischen Landgemeindeordnung, dem I. Sachausschuß zu überweisen,

den Antrag an die Reichs- und Staatsregierung auf stärkere Förderung der Wiederbelebung der Wirtschaft in der Rheinprovinz und auf Ueberweisung ausreichender Mittel an die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Opfer der Wirtschaft ebenfalls an den I. Sachausschuß,

den Antrag an die Reichs- und Staatsregierung auf Zurverfügungstellung von Mitteln an verschiedene Landkreise in den Regierungsbezirken Trier und Koblenz zur Beseitigung der durch die Besatzung und die Abtrennung des Saargebietes eingetretenen wirtschaftlichen Not, an den I. Sachausschuß.

Dieser Antrag ist noch nachträglich von der Zentrumsfraktion ergänzt worden, indem nicht nur die Regierungsbezirke Trier und Koblenz, sondern auch der Regierungsbezirk Aachen und nicht nur das abgetrennte Saargebiet, sondern auch die früher deutschen Gebiete Eupen und Malmédy berücksichtigt werden sollen.

Dann die Entschliebung an die Reichs- und Staatsregierung, betr. besondere Berücksichtigung der Rheinprovinz infolge der gegenüber dem übrigen Deutschland relativ größeren Zahl der Arbeitslosen bei der Gewährung der aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stehenden Mittel, an den I. Sachausschuß,

die Entschliebung, betr. Beeinträchtigung der Technischen Hochschule in Aachen durch die von der Staatsregierung beabsichtigte Einrichtung technischer Fakultäten an der Universität Münster, dem I. Sachausschuß,

den Antrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung im Haushalt „Verschiedenes“ um 1800 Mark, ebenfalls an den I. Sachausschuß,

den Antrag, betr. energisches Vorgehen seitens des Landesjugendamtes gegen Schmutz- und Schundschriften, an den II. Sachausschuß (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die sollen sich erst mal selbst bereinigen!),

den Antrag, betr. Prüfung der Frage des Neubaus eines Frauenlazarets bei der Provinzial-Arbeitsanstalt Braunweiler, an den III. Sachausschuß,

die Entschliebung, betr. beschleunigte Durchführung des Projektes der Autobahn Köln—Düsseldorf (zu verbinden mit der Drucksache 34), an den IV. Sachausschuß,

den Antrag, betr. Prüfung der Frage, ob durch Aenderung der Gesetzgebung eine Verminderung der Straßenunterhaltungskosten erreicht werden kann, an den IV. Sachausschuß,

die Entschliebung, betr. Gewährung einer Meistbegünstigung für die französische Weineinfuhr bei Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich, an den V. Sachausschuß,

die Entschliebung, betr. Notlage der Landwirtschaft, an den V. Sachausschuß,

den Antrag auf finanzielle Förderung des Obst- und Gemüsebaues in der Rheinprovinz, an den V. Sachausschuß,

den Antrag, betr. Zurverfügungstellung erhöhter Mittel seitens der Staatsregierung zwecks Verbesserung der Wasserversorgung in den ärmeren Teilen der Provinz, an den V. Sachausschuß,

endlich den Antrag an die Reichsregierung auf Durchführung einer befriedigenden Lösung der für die Grenzgebiete der Rheinprovinz, insbesondere für das Wurm- und Saarrevier, lebenswichtigen Verkehrsfragen, an den I. Sachausschuß.

Da ich einen Widerspruch nicht höre, stelle ich fest, daß Sie mit diesen Anträgen auf Ueberweisung an die betreffenden Ausschüsse einverstanden sind.

Dann sind zwei Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung eingegangen, die noch nicht im Umbruck verteilt worden sind und die ich deshalb verlesen muß.

#### Erster Antrag.

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Die Provinzial-Weinbauerschulen werden beauftragt, in solchen Jahrgängen, in denen eine Zudeckung ihrer selbst gebauten Weine erforderlich bzw. erwünscht ist, dieselbe auch praktisch vorzunehmen.

Ebenso sollen die Weinbauerschulen in Zukunft, falls sie die Entschleimung der Moste für zweckmäßig halten, solche ebenfalls in ihren Kellereien vornehmen.“

#### Zweiter Antrag.

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, die Weinbauerschulen der Rheinprovinz zu veranlassen, daß sie im Einvernehmen mit den Weinbauerschulen in Oppenheim und Geisenheim einen gegenseitigen Austausch der den Winzern usw. gegebenen Analysen vornehmen, die zur Verbesserung der Moste im Herbst eines jeden Jahres abgegeben werden.“

Diese Anträge würden dem V. Sachausschuß zu überweisen sein.

Ferner ist eingegangen ein Antrag der Landwirtschaftskammer auf Uebernahme eines Drittels der mit der Anstellung eines Obstbauwandlehrers für den Regierungsbezirk Koblenz verbundenen Gesamtkosten seitens der Provinzialverwaltung. Auch dieser Antrag würde dem V. Sachausschuß zu überweisen sein.

Dann ein Antrag des Zentralverbandes der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverwaltungen, Landesverband Rheinprovinz, auf Gewährung einer Ehrengabe nach langjähriger Provinzialdienstzeit, an den I. Sachausschuß.

Eine Eingabe des Rhein-Main'schen Verbandes für Volksbildung, e. V., in Frankfurt a. M., betreffend Bewilligung einer Beihilfe von 6000 Mark, an den I. Sachausschuß.

Die übrigen Anträge, die angekündigt und teilweise schon auf dem Bureau abgegeben sind, sind zunächst der Geschäftsordnung gemäß dem Herrn Landeshauptmann zur Anhörung des Provinzialausschusses überwiesen worden. Ueber die geschäftsmäßige Behandlung werden wir entweder heute nachmittag oder morgen früh zu beschließen haben.

Auf dem Tische finden Sie ein aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Provinzialmuseums herausgegebenes Heft: „Das Bonner Provinzialmuseum als heimatkundliche Forschungsanstalt“.

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen.

In der Zusammensetzung des Ältestenrates ist insofern eine Aenderung eingetreten, als an Stelle der Herren Brauer und Knab, die durch Krankheit verhindert sind, die Herren Roenzaen vom Zentrum und Dunder von der kommunistischen Fraktion eingetreten sind.

Nach der Geschäftsordnung sind sodann fünf Sachausschüsse, ein Wahlprüfungsausschuß und ein Geschäftsordnungsausschuß, bestehend aus je 15 Mitgliedern, zu wählen.

Für die Zusammenetzung dieser Ausschüsse ist ein Schreiben der drei Mitglieder des Hauses: Pöhl, Herrmann und Webershoven, von Bedeutung, das folgenden Wortlaut hat:

„Die unterzeichneten Vertreter des Sparerbundes sind durch einen Beschluß des Bundes verpflichtet worden, künftig als Vertreter der Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) in dem Provinziallandtag aufzutreten. Ferner sind wir durch den Beschluß gezwungen, aus der Wirtschaftlichen Vereinigung auszutreten. Wir geben Ihnen hiervon ergebenst Kenntnis und bitten, uns getrennte Plätze an bisheriger Stelle im Landtag zuzunweisen.“

Der Herr Abgeordnete Webershoven vom Bund für Aufwertung und Aufbau, e. V., hat sich unserer Partei im Landtag angeschlossen.“

Infolgedessen hat die Wirtschaftliche Vereinigung nicht mehr die Stärke, welche ihr an sich einen Sitz in den Ausschüssen und im Ältestenrat zukommen ließe. Nach einer Verständigung zwischen den Fraktionen des Zentrums und der Arbeitsgemeinschaft, die in gleicher Weise zahlenmäßig Anspruch auf diesen freigewordenen Sitz haben würden, ist für diese Tagung zunächst der Sitz an die Wirtschaftliche Vereinigung weiter abgetreten worden, so daß auch in Zukunft die 15er-Ausschüsse und der Ältestenrat sich zusammensetzen würden: aus sieben Mitgliedern des Zentrums, drei der Arbeitsgemeinschaft, zwei der SPD., zwei der KPD. und einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat über den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz und den Schriftführer in den Ausschüssen geeinigt und schlagen Ihnen vor, es bei dem bisherigen Verteilungsmaßstab bewenden zu lassen. Danach hätte das Zentrum den Vorsitz in den Sachausschüssen I, III und V, ferner den stellvertretenden Vorsitz im IV. Sachausschuß und im Geschäftsordnungsausschuß, die Arbeitsgemeinschaft den Vorsitz im II. Sachausschuß und im Wahlprüfungsausschuß sowie den stellvertretenden Vorsitz im I. und V. Sachausschuß, die SPD. den Vorsitz im IV. Sachausschuß und den stellvertretenden Vorsitz im II. Sachausschuß sowie im Wahlprüfungsausschuß, die KPD. den Vorsitz im Geschäftsordnungsausschuß und den stellvertretenden Vorsitz im III. Sachausschuß.

Das Schriftführeramt würde in folgender Weise geteilt werden:

- I. Sachausschuß: Arbeitsgemeinschaft, Stellvertreter: Zentrum;
  - II. Sachausschuß: Zentrum, Stellvertreter: KPD.;
  - III. Sachausschuß: Arbeitsgemeinschaft, Stellvertreter: SPD.;
  - IV. Sachausschuß: KPD., Stellvertreter: Arbeitsgemeinschaft;
  - V. Sachausschuß: Zentrum, Stellvertreter: KPD.;
- Wahlprüfungsausschuß: Zentrum, Stellvert.: KPD.;
- Geschäftsordnungsausschuß: SPD., Stellvertreter: Zentrum.

Ich möchte die Herren Fraktionsvorsitzenden bitten, die Namen der Mitglieder, die in die einzelnen Ausschüsse abgeordnet sind, ebenso die Namen der Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und Schriftführer dem Landtagsbureau sobald wie möglich mitzuteilen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß auch die so bezeichneten Mitglieder als gewählt zu betrachten sind. Ich stelle das fest, da ein Widerspruch sich nicht erhebt.

Die Räume, in denen die Ausschüsse- und Fraktions-sitzungen stattfinden, sind unten an der schwarzen Tafel angegeben. Dort wird der jeweilige Termin der Sitzungen kenntlich gemacht werden.

Dann habe ich mitzuteilen, daß die Stadt Düsseldorf die Freundlichkeit hatte, uns für die auswärtigen Mitglieder dieses Hauses je 30 Eintrittskarten zum Besuche der Städtischen Theater zur Verfügung zu stellen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die von dieser freundlichen Einladung Gebrauch machen wollen, dies auf dem Landtagsbureau mitzuteilen. Die Eintrittskarten können dort bis spätestens nachmittags 4 Uhr an den betreffenden Vorstellungstagen in Empfang genommen werden.

In der letzten Tagung ist der Wunsch ausgesprochen worden, es möchte dem Provinziallandtag einmal Gelegenheit gegeben werden, die Duisburg-Ruhrorter